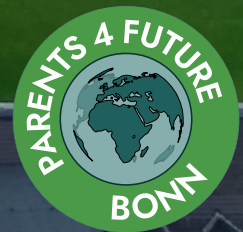


UMDENKEN.
MASSNAHMENKATALOG FÜR
EIN KLIMAGERECHTES,
NACHHALTIGES BONN

Parents for Future Bonn
Fridays for Future Bonn



Inhaltsverzeichnis

Präambel	4
Ausgangslage	4
Ziele	6
Generelle Forderungen für Bonn	7
Forderungen und Ideen.....	9
I. Stadtplanung, Gebäude, städtisches Leben.....	9
1. Generelle Maßnahmen: Begrünung, Vermeidung von Versiegelung und Aufbrechen versiegelter Flächen	10
2. Öffentliche (städtische) Gebäude	11
3. Privatgebäude	12
4. Unternehmen, Institutionen	14
5. Städtepartnerschaften, regionale und internationale Zusammenarbeit.....	15
II. Energie	15
1. Heizkraftwerke	15
2. Bürgerenergiegemeinschaften.....	16
3. Solarkataster – aktuelle Datenbasis und Beratung	16
4. Speicher	16
5. Energieautarke Quartiere	17
6. Windkraft, Miniwindräder	17
7. Geothermie.....	17
III. Mobilität.....	18
1. Straßenverkehr allgemein	18
2. ÖPNV-Kosten vergemeinschaften („Kostenloser ÖPNV“)	18
3. Fahrrad.....	19
4. Individual-Auto-Verkehr	21
5. Flugverkehr.....	22

IV.	Konsum, Kreislaufwirtschaft	22
1.	Müll vermeiden	23
2.	Recycling und Sauberkeit	23
3.	Nahrung, Landwirtschaft.....	24
4.	Wasser	25
5.	Logistik.....	26
V.	Nachhaltige Stadtverwaltung.....	26
1.	Divestment	26
2.	Öffentliche Beschaffung	26
3.	Arbeitsregelungen	27
VI.	Expertise, Controlling und Fördermittel	28
1.	Expertise	28
2.	Controlling, Monitoring	29
3.	Fördermittel	31
VII.	Bürgermitwirkung, Beratung und Information	31
1.	Bürgermitwirkung	31
2.	Beratung und Information	34
VIII.	Signalmaßnahmen im Städtischen Leben	36
	Vision Zukunftsstadt Bonn	38
	Fazit	41



PRÄAMBEL

AUSGANGSLAGE

Die Klimakrise stellt die größte Bedrohung für die Menschheit und unsere Ökosysteme im 21. Jahrhundert dar. Bis 2019 hat sich die Welt laut IPCC im Vergleich zur vorindustriellen Zeit um ca. ein Grad Celsius erwärmt und diese Erwärmung schreitet weiter voran. Folgen der Erderwärmung und des Klimawandels, wie beispielsweise der Anstieg des Meeresspiegels und die Häufung extremer Wetterereignisse, ziehen den Verlust von Landflächen, Klimaflüchtlinge und Artensterben nach sich. Während die Menschheit diese Konsequenzen der Erderwärmung bis 1,5 Grad wahrscheinlich noch mühevoll bewältigen kann, steigt das Risiko, dass wir unsere Lebensgrundlagen auf der Erde verlieren werden, ab einer Erderwärmung von mehr als 1,5 Grad exponentiell an.

Während wir auf die Kipp-Punkte des Klimawandels zusteuern, sind wir Menschen die Einzigen, die ihn noch aufhalten können. Bereits jetzt leiden Millionen von Menschen unter den Folgen der Erderwärmung. Es steht in unserer Verantwortung, JETZT etwas zu unternehmen. Sofortige entschlossene Investitionen in den Klimaschutz sind dabei nicht nur wissenschaftlich, sondern auch ökonomisch sinnvoll. Sie vermeiden wesentlich höhere zukünftige Kosten.

Auf internationaler Ebene bildet das Pariser Abkommen die verbindliche Grundlage für eine effektive Klimaschutzpolitik, die darauf abzielt, das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Auch Deutschland hat das Pariser Abkommen unterzeichnet. **Der aktuelle klimapolitische Kurs der Bundesregierung verfehlt jedoch deutlich die selbst gesetzten Ziele:** Angesichts des laut IPCC verbleibenden weltweiten Restbudgets von aktuell ca. 340 Gigatonnen (Gt) CO₂

ab 2020 für 1,5 Grad ^{1 2} übersteigt der durch die bisherigen Klimaziele der Bundesregierung zu erwartende Ausstoß des Treibhausgases bei weitem das Deutschland rechnerisch zustehende Emissionsbudget (selbst das von ca. 6,5 Gt ab 2020 für 1,75 Grad) und wird damit in keiner Weise der deutschen Verantwortung gerecht.

Damit wir eine Chance auf einen angemessenen Beitrag Deutschlands zum Klimaschutz wahren können, müssen aber neben der Erhöhung der Anstrengungen auf nationaler Ebene **zwingend Weichenstellungen auf kommunaler Ebene** vorgenommen werden.

¹ Mercator Institut, <https://www.mcc-berlin.net/forschung/co2-budget.html>

² Stefan Rahmstorf, Spektrum der Wissenschaft, 01.4.2019



ZIELE

Im Bewusstsein, dass die Anstrengungen auf nationaler Ebene weiter verstärkt werden müssen, um die Klimakatastrophe noch aufzuhalten, bekennen wir uns zu den **Fridays for Future (FFF)-Forderungen auf Bundesebene:**

1. Nettonull 2035 erreichen
2. Kohleausstieg bis 2030
3. 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035
4. Ende der Subventionen für fossile Energieträger
5. $\frac{1}{4}$ der Kohlekraftwerke abschalten bis Ende 2019
6. Einführung einer CO₂-Steuer bis Ende 2019
(laut Umweltbundesamt: 180 €/t)

Zusätzlich ist uns als Bürger*innen einer Großstadt bewusst, dass die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise zu ergreifen, auch Städte in besonderem Maße in die Verantwortung nimmt: Städte sind weltweit für ca. 80% der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Rund 75% des Energie- und Ressourcenbedarfs entfallen global auf Ballungszentren. Zugleich sind Großstädte besonders durch die Folgen des Klimawandels, wie Hitzestau, Wasserknappheit und Überschwemmungen, betroffen. Um das 1,5 Grad-Ziel von Paris einzuhalten, müssen gerade Kommunalpolitiker*innen das Anliegen, CO₂-Emissionen zukünftig zu vermeiden, mit größter Entschlossenheit vorantreiben.

Die Verwirklichung dieser Forderungen muss sozial verträglich gestaltet werden und darf keinesfalls einseitig zu Lasten von Menschen mit geringem Einkommen gehen.

GENERELLE FORDERUNGEN FÜR BONN

Ein nachhaltiger Umgang mit unserem Planeten und dem Ökosystem muss gemeinsames Ziel, gemeinsame Vision und Teil unserer gesamten Gesellschaft, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft werden – bundesweit, insbesondere aber auch hier in Bonn. Wir brauchen die Vision einer guten, klimagerechten, nachhaltigen Zukunft in Bonn – getragen von der städtischen Verwaltung, den Bonner Bürger*innen und der Wirtschaft.

Die Stadt Bonn hat 2019 den Klimanotstand erklärt und per Ratsbeschluss vom 07.11.2019 entschieden, bis 2035 klimaneutral zu werden, sowie ein Leitbild „Bonn wird klimaneutral“ zu erarbeiten, mit dem Ziel, bereits 2030 eine klimaneutrale Bilanz zu erreichen. Sämtliche behördlichen Entscheidungen und alle anzupackenden Maßnahmen zum Klimaschutz samt ihrer konkreten und raschen Umsetzung müssen an diesem Ziel ausgerichtet werden.

Die im Ratsbeschluss erwähnten Maßnahmen sind allerdings nur sehr grob skizziert und umfassen auch bei weitem nicht alle maßgeblichen Bereiche (Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft, Konsum fehlen etwa). Um auf allen relevanten Gebieten das Klimaschutzziel zu erreichen, ist offensichtlich wesentlich mehr an behördlichen Maßnahmen seitens der Stadtverwaltung erforderlich, und auch wesentlich mehr als das: Es braucht ein maximal breites gesellschaftliches Bündnis, welches das gesamte Lebenssystem in unserer Stadt umfasst.

Daher fordern wir die Stadt Bonn auf, deutliche Maßnahmen zu ergreifen, die in enger Zusammenarbeit mit Fachleuten, der Wissenschaft und unter Einbeziehung der Bürger*innen erarbeitet und umgesetzt werden.

Klimaneutral muss vor allem bedeuten, dass der Wandel hier vor Ort stattfindet, dass Treibhausgasemissionen vermieden und die Energieversorgung auf 100% Erneuerbare Energien umgestellt wird, soweit möglich lokal produziert. Wir brauchen konkrete CO₂-Einsparungsschritte, die widerspiegeln, was wir ab sofort und in den nächsten Jahren gestaffelt und kontrollierbar erreichen müssen, wenn wir die Klimakrise aufhalten wollen.

Die Maßnahmen zur Einsparung sind unser Zukunftsweg. Sie sind nötig, um uns noch möglichst viel Freiheit in Zukunft zu ermöglichen. Je länger wir nichts tun, desto gravierender werden sowohl die Einschränkungen, als auch die Anstrengungen für jeden von uns sein um dem Klimawandel

entgegenzutreten und damit unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Wir brauchen also vor allem wirkmächtige, aber auch kleinere Maßnahmen. Wir brauchen eine breite Bürgerbeteiligung – im Großen wie im Kleinen.

Und wir alle müssen erkennen, welches positive Potenzial ein Wandel hin zu Nachhaltigkeit und Klimafreundlichkeit für unsere Stadt hat – für eine lebens- und lebenswerte, enkelkindergerechte Zukunftsstadt Bonn!

Lesen Sie, liebe Lokalpolitiker*innen, diesen Katalog in dem Bewusstsein, dass besonders Sie durch ambitionierte Entscheidungen den erforderlichen Wandel ausbremsen, aber auch voranbringen und gestalten können!



FORDERUNGEN UND IDEEN

Wir fordern daher umfassende Maßnahmen in den Sektoren

- I. Stadtplanung, Gebäude, städtisches Leben
- II. Energie
- III. Mobilität
- IV. Konsum / Kreislaufwirtschaft
- V. Stadtintern/Verwaltung
- VI. Rahmenbedingungen, Controlling, Fördermittel
- VII. Bürgermitwirkung

I. STADTPLANUNG, GEBÄUDE, STÄDTISCHES LEBEN

Laut Stadt Bonn entstehen in der Stadt 40% der Treibhausgasemissionen im Gebäudebereich, also vor allem für Heizen und Strom. Ein klimafreundliches Bonn erfordert die zügige Umsetzung von hohen klimaschützenden Gebäudestandards bei bestehenden und neu entstehenden öffentlichen und privaten Bauten im Stadtgebiet. Hierzu gehört insbesondere ein umfassender Ausbau von PV/Solarthermie auf allen geeigneten städtischen und nicht-städtischen Dachflächen.

Die Planungshinweiskarte der Stadt Bonn sowie die aktuelle Klimawandelvorsorgestrategie-Karte (www.klimawandelvorsorge.de) zeigen ferner auf, welche bedrohlichen Hitzezonen die Stadt Bonn momentan birgt.

Hier gilt es, mit einem Maßnahmenplan umgehend gegenzusteuern; wesentlich für das innerstädtische Klima und Temperaturgefüge sind Begrünung, und Entsiegelung.

1. Generelle Maßnahmen: Begrünung, Vermeidung von Versiegelung und Aufbrechen versiegelter Flächen
 - Das **Nachpflanzen und Neupflanzen von Straßenbäumen** ist von großer Bedeutung für das Stadtklima (CO₂-Speicher, deutliche Temperaturabsenkung im Sommer, Luftfeuchtigkeit etc.) und sollte seitens Stadtgrün unbedingt vorrangig betrieben werden. Bonner Bürger*innen können dies durch Gießen unterstützen.
 - Die **Anlage von Blühstreifen** sowie frei zugängliche **Gemeinschaftsgärten** sind zu fördern und deutlich auszubauen.
 - Um existierende CO₂-Senken und Versickerungsflächen zu erhalten und auszuweiten, muss die **Flächenversiegelung des Stadtgebietes beschränkt** werden. Hier ist – ggf. nach Beratung durch Fachleute – ein ambitioniert-niedriger Prozentsatz verbindlich festzulegen.
 - Durch **Entsiegelung von Bodenflächen** (Schulhöfen, Parkplätzen, Parkstreifen etc.) – eine Maßnahme, für die übrigens Fördergelder des Bundes beantragt werden können – sind neue Grünflächen, aufgebrochene Oberflächen und Kühlbereiche zu schaffen. Dies führt zur Verschönerung, lokaler Klimaverbesserung und Attraktivitätssteigerung sowie besserer Regenwasseraufnahme.
 - Fehler wie eine Versiegelung und **Schwarzasphaltierung**, wie z. B. beim Moltkeplatz in Bad Godesberg oder von neuen Spielplätzen wie Ende 2019 in Endenich hinter der Josef-Strunck-Halle, die Sonneneinstrahlung nicht reflektiert, sich enorm erhitzt und keinerlei Wasserversickerung ermöglicht, sind künftig zu **vermeiden** und möglichst zurückzubauen.
 - Eine kleine, aber sichtbare Maßnahme für notwendige Veränderungen auch bei einzelnen Privatleuten ist das per Satzung für Bonn flächendeckend festzulegende **Verbot verschotterter Vorgärten und deren Wiederbegrünung**. Dieses besteht bislang nur für wenige Stadtbezirke. Es gilt, hier umgehen die Vorgartensatzung zu ändern/auszuweiten, betroffene Eigentümer seitens des Ordnungsamtes zu informieren und das Verbot dann durchzusetzen.

- **Regenwasser-Reservoirs**, die zur Straßenreinigung und zum Bewässern der Straßenbäume genutzt werden können, sind bei Straßenbauprojekten, unter Parkplätzen und anderen versiegelten Flächen einzuplanen (Beispiel: Bottrop³) und als Thema an Privat- und Geschäftsleute beratend heranzutragen. Die Reservoirs dienen auch als Auffangbecken bei Starkregen.

2. Öffentliche (städtische) Gebäude

Die Transformation zu 100% erneuerbaren Energien stellt einen der großen Hebel dar, der umgehend in Angriff genommen werden muss, um Bonns Klimaziele zu erreichen und, dem UN-Standort gemäß, eine internationale Vorbildrolle beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu erreichen.

- Gebäude, die sich im Besitz der Stadt befinden, sollen einer **Photovoltaik- oder Solarthermieflicht** unterworfen sein, wo immer deren Installation (gemäß NRW-/Bonner Solarkataster) sinnvoll möglich ist. Dies sollte auch bei international / von den UN genutzten Gebäuden umgesetzt werden.
- Um den Ausbau von PV/Solarthermie voranzutreiben, ist eine Verpachtung **von städtischen Dachflächen** an die SWB, an Bürger-Energiegesellschaften oder ähnlichen zu forcieren. Es sollte hier schnellstens ein Umdenken erfolgen und nicht, wie Beispiele aus der Vergangenheit zeigen, abgeblockt werden (vgl. Verbandsgebäude der Wahnbachtalsperre, Halle des Friedhofs Beuel).
- Die Stadt Bonn hat die SWB bereits gemäß Ratsbeschluss vom 04.10.2012 dazu verpflichtet, der Bürgerenergie Rhein-Sieg e. G. oder anderen „potenziell geeignete **Dächer zur Installation von PV-Anlagen anzubieten**“. Es gilt, dies endlich massiv und ernsthaft anzugehen.
- Ferner ist, wo PV/Solarthermie nicht in Betracht kommt, auf und an öffentlichen Gebäuden ein **massiver Ausbau der Dach- und Fassadenbegrünung** anzugehen. Dringlich ist deren deutliche Ausweitung, um CO₂ zu binden, Sauerstoff zu produzieren und eine Absenkung der Fassadentemperaturen in Hitzephasen um bis zu 10 Grad zu erreichen. Hier

³ Hier und wie an anderen Stellen mit Verweis auf Bottrop:

https://www.bottrop.de/downloads/Vision_2030plus/160622_Zukunftsstadt_Bottrop_Vision_2030_1.pdf

sollten zeitnah ambitionierte, stufenweise umzusetzende Flächenziele festgelegt werden. Dies ist vorrangig bei vorhandenen städtischen Gebäuden umzusetzen und auch für Neubauten festzulegen. Eine begrünte Müllverbrennungsanlage, grüne Stadthausfassaden, grüne Dächer und Fassaden für Schulen und Kindergärten usw. – es gibt große Möglichkeiten, die dringend genutzt werden müssen. Zu prüfen ist dabei auch, ob PV/Solar und Begrünung kumulativ möglich sind. **Überall, wo Fassadenbegrünung nicht möglich ist, sollen helle Anstriche/Fassadengestaltungen Verwendung finden, um das Aufheizen der Stadt zu verhindern.**

- Wie in Utrecht ⁴ (und in anderen Städten vorgeschlagen) könnte Bonn als sichtbare Maßnahme neue oder zu renovierende Bushaltestellen als „**Grüne Bushäuschen**“ mit Dachbegrünung, LED-Beleuchtung, Holzsitzen und Digital-Anzeige, gespeist aus einem lokalen Solarpanel, ausstatten.

3. Privatgebäude

- **Wohn- und Gewerbebauten** im Stadtgebiet sollen ab 2030 einen **geringeren Primärenergiebedarf als 30 kWh/(m²a)** aufweisen, und dieser muss ausschließlich aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Dafür muss die Sanierungsrate im Bestand bis 2025 deutlich angehoben werden (hier ist ein ambitionierter jährlicher Prozentsatz festzulegen). Die Energieagentur Bonn sollte hierfür umfassende Informationen an Handwerk, Industrie und Handel geben. Ebenso sollte sie den Bürger*innen entsprechende Informationen vermitteln und sie zum Mitmachen motivieren, auch durch Information über und Hilfe bei Fördergeldern. Hier kommt kostenlose Beratung von Tür zu Tür / in Quartierworkshops / an Beratungstagen etc. in Betracht – siehe Beispiel Bottrop. Haussanierung soll gemäß Klimapaket der Bundesregierung stärker gefördert werden.
- Es gilt, bei der energetischen Sanierung von Mietwohnungen, insbesondere durch Immobilienkonzerne, **sozialverträgliche Konzepte** zu wählen, bei denen durch die Energieeinsparung weniger Nebenkosten für die Mieter entstehen. Wenn dann die Kaltmiete durch (Teil-)Umlage der Sanierungskosten leicht erhöht wird, soll sich dies unter dem Strich nicht Gesamtkosten-steigernd für die Mieter auswirken. Auf diese

⁴ https://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/politiker-wollen-gruene-haltestellen-in-bonn_aid-44341607

Verfahrensweise soll die Stadt durch kostenlose Beratung von Hauseigentümern hinwirken.

- Um die effiziente Nutzung von Bauland zu verbessern und den spezifischen Flächenverbrauch zu reduzieren, soll (so auch die Bonner Nachhaltigkeitsstrategie) vorrangig die **Verdichtung von Bebauung** angestrebt werden, sofern dies keine nachteilige Wirkung auf das Stadtklima hat. Beispiel: Aufstockung vorhandener Gebäude, Lückenschluss bei der Geschosszahl, Mietwohnungsaufstockung auf vorhandenen Flachdachbauten von Supermärkten und Gewerbebetrieben.
- Auf eine Reihe von privaten Gebäuden kann die Stadt einen besonderen Einfluss nehmen. In erster Linie sind das Neubauten, insbesondere, wenn diese im Rahmen eines vorhabensbezogenen Bebauungsplans entstehen oder auf Grund gebaut werden, der zuvor der Stadt gehört hat. Diese Gebäude sollen einer **Photovoltaik-/Solarthermiepflicht** unterworfen werden, eventuell durch eine Verpachtung an die SWB, Bürgerenergie-Genossenschaften oder andere.
- Durch kostenlose Beratung und finanziell zu fördern sind **Balkonpanels**, die es auch Mieter*innen und Menschen mit weniger Geld ermöglichen, bei der Energiewende mitzumachen. Hier muss die Stadt Bonn die Genehmigungswege möglichst unkompliziert und schnell gestalten. Nach dem Modell der Gemeinde Herrsching sollte es hier ferner aus sozialen Gründen eine Förderung der sogenannten Balkonkraftwerke für Mieter/Privatleute geben.⁵
- Die Bonn-Netze GmbH sollte auf den 86-seitigen **Stromeinspeisevertrag mit Photovoltaikanlagenbetreibern verzichten**, wenn doch die Einspeisung volatilen Stroms durch das EEG geregelt wird. Die Bonn-Netze sind in der Region der einzige Netzbetreiber, der einen solchen Aufwand fordert.
- Es ist weiterhin auf einen kontinuierlich **zu steigernden Anteil von Neubauten in Holzbauweise** hinzuwirken, da hierdurch der massiv CO₂-schädliche Baustoff Beton vermieden wird. Holz dagegen ist nachwachsender Rohstoff und bei Nutzungsende energetisch verwendbar.

⁵ <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/starnberg/energiewende-herrsching-foerdert-balkonkraftwerke-1.4756751>

4. Unternehmen, Institutionen

Die Unternehmen in Bonn können und müssen einen wichtigen Beitrag zur Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit leisten.

- Ziel muss sein, **klimafreundliche Unternehmen zu fördern**. Und Industriebetriebe, Unternehmen jeglicher Größe, Institutionen sowie städtische Eigenbetriebe müssen ihrer Verantwortung gerecht werden. Wenn sie eine Vorreiterrolle übernehmen, kann die Stadt ihr Engagement in Einzelfällen sichtbar machen. Die Stadt muss in Gesprächen und Verhandlungen darauf hinarbeiten, dass alle Bonner Unternehmen am stadtweiten Ziel mitwirken, bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu sein. Sie kann dies durch entsprechende Beratung über klimafreundliche Maßnahmen unterstützen. Unternehmen sollen die Klimawende als Chance verstehen und nutzen.
- Industrie, Handel und die Bonner Universität verfügen über große Dach- und Fassadenflächen, ebenso Baumärkte und Einkaufszentren. Es gilt, sie für eine **zügige, massive Ausweitung der Nutzung regenerativer Energie** zu gewinnen und zu verpflichten. Die Stadt Bonn sollte insbesondere die Telekom als Inhaber enormer Gebäudeflächen in Bonn ansprechen und vom Ausbau von PV-/Solaranlagen sowie Dach-, Fassaden- und Flächenbegrünung überzeugen. Angesprochen werden außerdem Kirchengemeinden, Moscheen und andere religiöse Gemeinschaften.
- Entsprechend den Bottroper Ansätzen ist ein **Solar-/PV-Ausbau mit Speicherbau vor allem in Gewerbegebieten** mit großen Dachflächen, ggf. in Genossenschafts-/Kooperations-/Beteiligungsform, in Angriff zu nehmen – zum direkten Vorteil der Bürger*innen. Dabei sollten die Quartiere als Identitätseinheiten genutzt, also gezielt aktiviert und beraten werden.

Wir fordern somit seitens der Stadt Bonn eine **breit angelegte Initiative** (für eigene städtische, private sowie Gebäude von Unternehmen und Institutionen) **in Kooperation** mit IHK (Industrie- und Handelskammer), HwK (Handwerkskammer zu Köln) und den Kirchen. Es gilt, diese Akteure in ein Umdenken und zügiges Umgestalten einzubinden – mit kostenloser Beratung, klaren Vorschlägen und Vorgaben, durchgerechneten Zielen und Sektorvorgaben zur CO₂-Einsparung sowie Anreizen zu deren Umsetzung.

5. Städtepartnerschaften, regionale und internationale Zusammenarbeit

Bonn soll den Austausch und die Kooperation mit anderen Städten deutlich intensivieren und seine Städte- und Projektpartnerschaften noch stärker für gemeinsame klima- und nachhaltigkeitsrelevante Aktivitäten nutzen:

- Die Stadt soll durch die neu aufgestellte Klimaschutzleitstelle (siehe unten, VI) die **Kooperation und Austausch mit Städten** suchen, die eine aktive Klimapolitik betreiben, mit dem Ziel, Erfahrungen auszutauschen und anzuwenden, Modelle zu übernehmen und Expertenwissen zu teilen.
- Die Stadt soll außerdem intensiv mit den **umliegenden Gemeinden und nahegelegenen Städten und Kreisen** zusammenarbeiten, um größtmögliche Synergien für einen ineinandergreifenden Lebens-, Arbeits-, Mobilitäts- und Versorgungsraum zu erzielen.
- Mit den internationalen **Partnerstädten** sind Informationsaustausch und konkrete Klimaschutz-Projektarbeit zu intensivieren.
- Insbesondere Kontakte, Know-how und Informationen innerhalb des **Internationalen Städtenetzwerks ICLEI** gilt es konkret inhaltlich zu nutzen.

II. ENERGIE

Über die o. g. energetischen Maßnahmen mit Bezug auf private und öffentliche Gebäude hinaus sind weitere übergeordnete Maßnahmen anzugehen:

1. Heizkraftwerke

Das Ende der Betriebszeit fossiler Heiz- und Kraftwerksleistung in Bonn sollte festgelegt werden, Kapazitäten kontinuierlich abgesenkt und spätestens bis 2030 durch 100% erneuerbare Energiegewinnung ersetzt werden. Hierfür ist ein zeitliches Stufen-Konzept zu erstellen.

2. Bürgerenergiegemeinschaften

Daneben sind dezentrale Bürgerenergiegemeinschaften zur Erzeugung, Bereitstellung und Speicherung erneuerbarer Energie viel stärker zu fördern. Sie sollten von den SWB nicht als Konkurrenz empfunden werden: Gemeinsam können Defizite bei der Umsetzung von privaten und gewerblichen Photovoltaikanlagen gemildert werden und Synergien entstehen. Mit der Bürger-Energiegenossenschaft Rhein-Sieg e. G., bei der die Bundesstadt Bonn sogar Mitglied ist, haben wir einen professionellen Anbieter vor Ort. Diese Kompetenz gilt es zu nutzen. Die Neugründung von Genossenschaften soll von der Stadt unterstützt werden.

3. Solarkataster – aktuelle Datenbasis und Beratung

- Für den dringend erforderlichen **Ausbau der PV-/Solarnutzung in Bonn** die bislang nur 2 % der Möglichkeiten ausschöpft, ist künftig auch das aktuellere Solarkataster NRW zugrundezulegen. Inzwischen sind auch andere als die im Solarkataster Bonn bislang ausgewiesenen Dachflächen sinnvoll nutzbar, da die Leistung pro Flächeneinheit sich bei neuen Anlagen deutlich erhöht hat.
- Es ist eine massive Informationskampagne **zur Installation von privater Photovoltaik und Solarthermie** zu etablieren. Hauseigentümer müssen sich leicht und kostenlos über den finanziellen Vorteil informieren können, den die eigene Energieerzeugung mit sich bringt. Auch Alternativen wie **"Dach-Leasing"** durch Unternehmen, die PV-/Solar-Anlagen installieren, sind hier aufzugreifen.
- Im gesamten PV/Solarthermie Bereich müssen Anmeldeprozesse vereinfacht und Bürokratie abgebaut werden.

4. Speicher

Es gilt, **Speicherkapazitäten** zu errichten. Die Erschließung neuer und der Umbau bestehender Gasspeicher, um diese für das Speichern von Gas aus erneuerbarer Energie zu nutzen (Power to Gas, H₂ oder CH₄), ist zu prüfen und, sobald machbar, mit festzulegenden ambitionierten Zielmarken voranzutreiben. Hierfür sind dann zeitnah Standorte, Volumina, Zeitvorgaben usw. festzusetzen und ein Plan für das Zusammenspiel mit der Erhöhung der Kapazitäten erneuerbarer Energien zu erstellen.

5. Energieautarke Quartiere

Die Stadt Bonn soll prüfen, ob, z. B. nach dem Vorbild der Gemeinde Bordesholm, energieautarke Quartierslösungen in Bonn denkbar und mit den SWB oder auf Genossenschaftsbasis mit privaten Investoren realisierbar sind.⁶

6. Windkraft, Miniwindräder

Auch in Bonn gibt es Potenziale für eine Windkraftnutzung. Die Stadt soll prüfen, wo und wie dies möglich gemacht werden kann. Neben möglichen größeren Anlagen könnte Bonn bei der Installation von Mini-Windrädern, insbesondere auf Strommasten, Vorreiter werden. Dies kommt in China, bislang nicht aber in Deutschland zum Einsatz, obwohl es auch hier solche Vorschläge gibt. Bonn sollte mit seinem gerade am Rheinufer und auf den Höhenzügen häufig wehenden Wind hierfür bestens geeignet sein.⁷

7. Geothermie

Erneuerbare Wärmequellen für das Fernwärmenetz: Es ist zu prüfen, ob ein Ausbau der Geothermie sinnvoll ist, und zu erkunden, ob bis 2035 Fernwärme ausschließlich durch erneuerbare Wärmequellen bereitgestellt werden könnte.

⁶ <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Batteriekrftwerk-in-Bordesholm-ans-Netz-gegangen,batteriespeicher130.html>

⁷ Vgl. https://www.deutschlandfunk.de/windenergie-in-china-lichtmasten-als-standorte-fuer-mini.676.de.html?dram:article_id=469466 und <https://www.mannheim.de/de/service-bieten/mannheim-auf-klimakurs>

III. MOBILITÄT

Zum Themenkomplex Mobilität/Verkehr folgt in Kürze ein **gesondertes, sehr detailliertes Konzeptpapier von Fridays for Future und Parents for Future** mit konkreten Ansätzen und Vorschlägen für Bonn. Daher hier nur einige Punkte:

1. Straßenverkehr allgemein

Der Straßenverkehr verursacht einen erheblichen Teil der Bonner CO₂-Emissionen, starke Feinstaub- sowie Lärmbelastungen und stößt bereits heute an seine Kapazitätsgrenzen. Es ist daher zwingend nötig, den **motorisierten Individualverkehr auf Basis fossiler Brennstoffe stark zu begrenzen** und Mobilität **umzugestalten**.

Mittelfristiges Ziel ist ein Nahverkehr, der vor allem auf öffentlichen Verkehrsmitteln beruht und nur erneuerbare Energieträger nutzt. Der motorisierte Individualverkehr soll – jetzt beginnend und bis spätestens Ende 2025 – im gesamten Stadtbereich, insbesondere der Innenstadt, massiv eingedämmt werden. Hiervon ausgenommen bleiben Rettungsfahrzeuge und Fahrzeuge für Menschen mit Behinderungen sowie ambulante Pflegedienste.

Schon allein aus Verkehrslärm-, Feinstaub- und Sicherheitsgründen gilt es, in Bonn weitestgehend Tempo 30 sowie größere autofreie Innenstadtzonen einzuführen.

2. ÖPNV-Kosten vergemeinschaften („Kostenloser ÖPNV“)

- Für den Ausstieg aus dem individuellen Nahverkehr mit fossilen Brennstoffen bedarf es vor allem eines **deutlichen Ausbaus und einer Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs**. Dieser Ausbau des Bus-, U- und S-Bahn-Netzes soll sich insbesondere auf die Verlässlichkeit und Pünktlichkeit sowie Verbesserungen der Tangentialverbindungen konzentrieren. Mit Planungen und Umsetzung sollte unverzüglich begonnen werden.
- Darüber hinaus muss die **Nutzung des ÖPNV möglichst schnell deutlich günstiger** werden (z. B. durch 1-Euro-Tickets zur Innenstadt als Einzelticket/ Ein-Stunden-Ticket; 365 Euro-Ticket für alle im Raum Bonn, auch aus angrenzenden Pendlerkommunen), damit alle Bürger*innen den

ÖPNV nutzen können, er deutlich günstiger wird als Autofahren plus Parken und so deutlich an Attraktivität gewinnt. Der günstigere ÖPNV muss auch für die Beschäftigten sozialverträglich gestaltet werden und darf nicht auf deren Kosten ausgetragen werden.

- Übergangsweise ist das Jobticket (das im ganzen VRS-Bereich gilt) beizubehalten. Ziel ist dessen Einführung in 50 % der Bonner Unternehmen. Die **Zugangsvoraussetzungen zum Jobticket werden umfassend erleichtert** und umfassen auch freiberuflich und ehrenamtlich Tätige, geringfügig Beschäftigte und in nicht bezahlter Fortbildung befindliche Pendlerinnen und Pendler.
- Anzustreben ist dabei eine **Zusammenarbeit auch über die Tarifgemeinschaften hinaus** (z. B. in Richtung Rheinland-Pfalz).
- Der **öffentliche Nahverkehr** muss **über die Verkehrsleitplanung so bevorzugt** werden, dass er im städtischen Bereich einen klaren und sichtbaren Mobilitäts- und Kostenvorteil gegenüber dem motorisierten Individualverkehr hat. Wichtig ist außerdem der Ausbau der ÖPNV-Kapazitäten durch Neuerwerb von klimaneutral angetriebenen Bussen und Bahnen (mit Radtransport-Möglichkeit, s. u.) und eine bessere Taktung.
- **Neubürger*innen** erhalten eine Information über die Bonner Apps zum ÖPNV bzw. einen ÖPNV-Plan des VRS sowie ein kostenloses Tages-, besser Wochen- oder Monatsticket.
- Es gibt einen **ÖPNV-kostenlos-Einkaufstag** und einen Autofreie-Innenstadt-Tag, mindestens einmal pro Quartal, ggf. beides in Kombination.
- Nach einer Übergangszeit ist bis 2025 für einen besser ausgebauten ÖPNV, ohne Beförderungsentgelt zu sorgen, beispielsweise durch Anwendung eines **solidarischen Bürgertickets**.

3. Fahrrad

Der Radverkehr ist ein zentraler Pfeiler der Verkehrswende; als weiterer Aspekt neben der Neugestaltung des Individualverkehrs und des ÖPNV ist daher ein umfassender **Ausbau der Fahrradinfrastruktur** vonnöten.

- Dieser Ausbau muss mit einer sofortigen, entschlossenen Umsetzung der Forderungen des Bürgerbegehrens „Radentscheid Bonn“, der Anfang November 2019 bei der Stadt Bonn eingereicht wurde, beginnen. Die

Konzepte des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) zu **Radpendler Routen** aus dem rechts- und linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis nach Bonn sind umgehend umzusetzen und durch entsprechende **Fahrradtrassen** innerhalb Bonns zu komplettieren.

- Eine **unkomplizierte Kombinierbarkeit von ÖPNV und Fahrrad** versteht sich als Teil dieses Maßnahmenpakets. Hierunter fallen die Förderung und der intensive Ausbau von Bike & Ride, sicheren Fahrradstellplätzen an Haltestellen des ÖPNV, die Erweiterung des Leihradangebots um Lastenfahrräder sowie die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern in allen Verkehrsmitteln des ÖPNV. Einzusetzen sind E-Busse mit Multifunktionsflächen, wie beispielsweise bereits jetzt in Aachen.
- Dringlich umzusetzen ist an zentralen Fahrradstellplätzen auch die Errichtung von kostenlosen, großen und mittleren **Schließfächern mit Pfandsystem**. So können an zentralen Einkaufsbereichen in der Innenstadt, in den Stadtteilzentren sowie am Busbahnhof Einkäufe zwischengelagert und dann mit Rad und/oder ÖPNV abtransportiert werden. Ähnliche Ansätze werden in Paderborn bereits umgesetzt.

Das große Ziel: **Der Fahrradverkehr muss in die Köpfe der Planer*innen**. Eine Verkehrsgestaltung aus der Perspektive von Radfahrenden muss oberste Priorität haben, sowohl in der Politik als auch in der Verwaltung.

Konkret gilt unter anderem,

- Bürger*innen bei der politischen Diskussion um den Radschnellweg am Tausendfüßler zu beteiligen und ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie sich einbringen können. Zurzeit kapituliert die Stadt Bonn vor der Blockadehaltung des Landes NRW, das muss sich ändern.
- Schlechte und zerstörte Radwege in Bonn zu verbessern, zu verbreitern und zu beleuchten, beispielsweise am Rheinufer, der Brückenzufahrt an der Südbrücke und dem Belderberg.
- Weitaus mehr physisch getrennte und farblich deutlich abgesetzte Fahrradwege zu schaffen, um die Sicherheit insbesondere für Kinder, Jugendliche, Senioren und Familien zu erhöhen.
- Parkplätze für Lastenfahrräder und Radanhänger bereitzustellen.
- Fahrradparkhäuser an zentralen Plätzen, Bahnhöfen zu errichten oder, wo vorhanden und ausgelastet, zu erweitern.

- Fahrradparkplätze- und Häuser mit zentralen Einkaufsabstell- und Paketfächern zu kombinieren, um Einkaufende zu entlasten. Gute Beispiele dafür gibt es in Paderborn.⁸
- Mehr E-Bike-Ladestationen im öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen und bereits vorhandene auszubauen.
- Große, deutliche Hinweisschilder für die oben genannten Fahrradangebote zu errichten.
- Eine schnelle Schnee- und Laubräumung der Radwege sicherzustellen.
- Grundsätzlich Vorfahrt für Fahrräder im Innenstadtbereich einzurichten und durch Beschilderung unübersehbar darauf hinzuweisen ("Fahrradfreundliche Innenstadt: Räder haben Vorfahrt").

4. Individual-Auto-Verkehr

Um die Sozialverträglichkeit des Verkehrsumbaus sowie die Mobilität der Bürger*innen sicherzustellen, müssen **attraktive Park-and-Ride-Systeme** im Randbereich der Stadt sowie **E-Ladestationen** für Autos und Fahrräder, Lastenrad- und Fahrradparkplätze sowie **Carsharing-Systeme**, möglichst gerade auch nutzernah in den Quartieren, geschaffen werden. Das Erreichen der Innenstadt mit dem ÖPNV muss günstiger sein als mit dem PKW.

- **Park & Ride** sowie **Park & Bike-Parkplätze** massiv ausbauen (mit E-Lademöglichkeit auf Basis erneuerbarer Energie für Autos und Bikes sowie Carsharing- und Rent-a-Bike-Standort).
- Das **Parken in der Innenstadt** muss im Vergleich zum ÖPNV **unattraktiver** werden. Zur Erhöhung der Parkgebühren sind sozialverträgliche Lösungen zu finden.
- **Falschparker**, insbesondere auf Fahrradwegen und auf Fußwegen sowie an E-Zapfsäulen behindern und führen zu Gefahrensituationen. Gebühren fürs Falschparken sollen erhöht und Ahndungen konsequenter vollzogen werden.

⁸ <https://www.paderborn.de/sport-freizeit/aktive-freizeit/radfahren/service/109010100000005835.php>

- Das Aufstellen von **privaten Ladestationen** (Wallboxen) durch Beratung, insbesondere über mögliche Fördergelder, unterstützen.
- Wenn Privatleute eine private Ladestation Wallbox oder Stecker-Kabel-Lademöglichkeit für ihr E-Auto haben, aber keine Garage/eigenen Parkplatz, sollte ein Parkplatz im öffentlichen Straßenraum in Reichweite markiert und mit einer Vorrangregelung versehen werden können (vergleichbar Anwohnerparkplatz, z. B. von 20 Uhr bis 8 Uhr). Laden über Bürgersteige hinweg mit Kabelkanal muss selbstverständlich möglich/erlaubt sein, um eine Benachteiligung derer zu verhindern, die keine eigene Garage haben, aber zur Verkehrswende durch Wechsel zu einem E-Auto beitragen wollen. Denn **Leute ohne Garage sollten auch die Möglichkeit haben, ein E-Auto zu nutzen.**

5. Flugverkehr

Die Stadt Bonn hat eine Mitverantwortung und Einfluss auf den Flugbetrieb am Flughafen Köln/Bonn. Sie soll darauf hinwirken, dass hier schnellstmöglich keine innerdeutschen Kurzstreckenflüge mehr abgefertigt werden. Zu Dienstreisen von städtischen Mitarbeitern bezüglich Kurzstreckenflügen siehe Punkt V. 2. Öffentliche Beschaffung.

Landegebühren sind dazu zu nutzen, das Verhalten der Fluggesellschaften zu beeinflussen. Emissionsärmere Flugzeuge sind zu bevorzugen und, sobald dies möglich ist, solche, die mit Erneuerbaren Energien betrieben werden.

IV. KONSUM, KREISLAUFWIRTSCHAFT

Die Stadt soll Sorge dafür tragen, dass mit Ressourcen sparsam umgegangen wird. Sie soll eine Priorisierung gemäß der Abfallhierarchie (fünf Ebenen: Vermeiden – Vorbereiten zum Wiederverwenden – Recycling – energetische Verwertung – Beseitigung) vorleben und propagieren. Dementsprechend gilt es, folgendes in Angriff zu nehmen:

1. Müll vermeiden

Deutschland sollte innerhalb der nächsten Dekade weitgehend Einwegverpackungsfrei werden. Bonn soll bei der Vermeidung von Müll und Einwegverpackungen vorangehen und Lösungen aufzeigen, die modellhaft eine bundesweite Umsetzung vorwegnehmen.

- **Ein nachhaltiges Bonn funktioniert ohne Plastikgeschirr.** Dies hat Müllvermeidungswirkung und Signalcharakter. Hierzu tritt die Stadt in Dialog mit dem Einzelhandel und Marktbeschickern, um Verbraucherinnen und Verbrauchern flächendeckend die Nutzung mitgebrachter Behälter zu ermöglichen und so **Einweg-Plastik** zu vermeiden.
- Der Handel wird angehalten, sein Angebot umzustellen von **Einweg- auf Mehrwegflaschen** und Mehrweg-To-Go-Becher. Konzepte wie „Bonn wird einwegfrei“ sollen dabei berücksichtigt werden. Entsprechend dem Beispiel Tübingens erhebt die Stadt Bonn übergangsweise ab 2021 eine **Steuer auf Einweggeschirr und -besteck** bei Mitnahmegerichten und To-Go-Bechern.
- Die Stadt Bonn soll (deutlicher als in ihren bisherigen Ausschreibungen, zuletzt bis zum 30.11.2019) Vorgaben festlegen und **Konzessionen** nur so vergeben, dass auf allen kommerziellen Veranstaltungen (wie Frischmärkten, Konzerten, Rhein in Flammen, Flohmarkt, Foodtruck-Festival, Weihnachtsmarkt etc.) **Spülmobile** verbindlich zu nutzen sowie festzulegende Nachhaltigkeitskriterien zu erfüllen sind. Nachhaltigkeit soll somit möglichst zeitnah ein festes, vorrangiges Konzessionskriterium sein. Bei nicht kommerziellen Veranstaltungen stellt die Stadt Spülmobile zur Verfügung.
- **Kantinen** von städtischen und weiteren öffentlichen Einrichtungen sollen **einweg-frei** werden, z. B. durch Mehrwegbecher und -geschirr bei der Mitnahme von Essen (wie z. B. an der TWH Saarbrücken).

2. Recycling und Sauberkeit

- Die **Recyclingquote** im Stadtgebiet soll **bis 2030 massiv erhöht** (ohne Plastik-/Müllexport ins Ausland) werden. Es ist zu prüfen, ob und wie eine Wertstofftonne eingeführt werden könnte, und wie sie zu höherem Recyclinganteil beim Bonner Müll führen könnte. Es erfolgt keine Erhöhung der Gebühren für Plastikmüll/Gelbe Tonne, um ein Littering/Wegwerfen in die Landschaft zu vermeiden.

- Bonn initiiert **Informationskampagnen**, um Bürger*innen über das Vermüllen der Straßen aufzuklären. Hier soll die Stadt Bonn ihre Bürger*innen motivieren, aktiv zu werden, Müll aufzusammeln und Müll- und Kippen-**Littering ab sofort zu unterlassen**.
- Insbesondere sollte die Stadt/BonnOrange noch stärker an **Schulen** tätig werden, da dort die Schüler*innen eine nachhaltige Lebensweise erlernen sollen. Außerdem werden diese Lerneffekte bis in die Familien hineingetragen und sind so besonders zukunftswirksam.
- Denkbar dazu: eine **Plakataktion** der Stadt Bonn an Bushaltestellen, vor Kinos, auf Bahnhofsvorplätzen etc.

3. Nahrung, Landwirtschaft

- In Bonn soll eine **Erhöhung des Anteils an vegetarischen und veganen Gerichten in allen städtischen Verpflegungseinrichtungen auf mindestens 75%** verbindlich angestrebt werden. Ziel dabei ist ein möglichst hoher Anteil bio-zertifizierter Lebensmittel, nach Möglichkeit regional und saisonal. Die vegetarischen und veganen Gerichte sind günstiger oder jedenfalls nicht teurer als die fleischhaltige Alternative anzubieten. Dabei wird verpflichtend zu jedem Gericht der CO₂-Fußabdruck ausgewiesen (wie bereits in den Mensen der Universität Bonn während der Public Climate School im November 2019 praktiziert). Städtische Verpflegungseinrichtungen führen zusätzlich mindestens einen vegetarischen Tag in der Woche ein.
- Bonn hat es in der Hand, durch Quoten o. ä. **bei der Konzessionsvergabe mehr Bio-, vegetarische und vegane Angebote** bei Festivals, Großveranstaltungen wie Bierbörse, Weihnachtsmärkten, Konzerten, Kunstrasen und Rhein in Flammen festzulegen. Auch das ist möglichst umgehend umzusetzen.
- Mit dem Einzelhandel ist ein Weg **gegen Essensverschwendung** zu finden, indem noch essbare Lebensmittel z. B. in gesonderten Regalen angeboten werden, ansonsten gesammelt und kostenlos bereitgestellt werden.
- Für die Entsorgung von Lebensmitteln, insbesondere in Gastronomie & Einzelhandel, sollte die Stadt einen Weg finden, um über die **Abfallgebühren** nennenswert höhere Gebühren für weggeworfene Lebensmittel zu erheben.

- Das Vorgebirge ist ein großer Gemüseproduzent und muss für eine **lokale Versorgung** eingebunden und unterstützt werden. Die Vermarktung von lokalem Gemüse – insbesondere aus Bio-Anbau – stützt die Region, kann Fleischkonsum reduzieren und somit eine stabilere, klimafreundlichere und autonomere Nahrungsproduktion gewährleisten. Es gilt, auch vor Ort in Bonn eine nachhaltige, stärker lokal fokussierte Landwirtschaft zu stärken, da sie einen sehr wichtigen Beitrag zu Klimaschutz, Bodenaufbau/-erhalt, Artenvielfalt und Nachhaltigkeit insgesamt leisten kann. Eine **Unterstützung und Bewerbung der Solidarischen Landwirtschaft** muss vorangetrieben werden.

4. Wasser

Der sparsame Umgang mit Wasser und der Gewässerschutz sind zu fördern, beispielsweise durch folgende Maßnahmen:

- Flächendeckend (nach „Corona“) in allen Bonner Stadtbezirken, besonders an viel besuchten Punkten, **Trinkbrunnen** installieren. Denn der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist nicht nur ein Menschenrecht, sondern auch ein wichtiger Aspekt der Klimaadaptation. Außerdem wird die Verwendung von Mehrwegtrinkflaschen gefördert und dadurch eine Reduzierung des Plastikverbrauchs erreicht.
- Bau von **Zisternen und Überlaufbecken** für Starkregen; entsprechende Planungen bei allen Straßenbau- und Neubauprojekten der Stadt
- Anreize zum Anlegen von **privaten Zisternen** schaffen
- **Wasserrecycling** und wassersparende Umrüstungen in städtischen Einrichtungen
- Düngemittel aus Gärten tragen zu Stickstoffeinträgen ins Grundwasser bei, daher **Information über Humusbildung**/andere Arten der Pflanzenstärkung
- **Entsiegelungsmaßnahmen**; sie tragen zur Regenwasserversickerung bei (siehe Punkt I.1. Generelle Maßnahmen.)
- Einbau der nächsten Klärstufe in Klärwerken zur **Ausfilterung von Mikroplastik**
- **Brauchwassersammeln** in Privathaushalten zum Gießen von Gärten und Straßenbäumen.

5. Logistik

Die Stadt fördert alle nachhaltigen Transportmöglichkeiten bei Waren- und Lieferverkehr, z. B. zugunsten des Einsatzes von Fahrradkurieren, Zwischenlager für Paketzustellung und durch Vermeidung von Transportwegen.

V. NACHHALTIGE STADTVERWALTUNG

1. Divestment

Die Stadt Bonn soll möglichst zeitnah den Abzug aller finanziellen Rücklagen und Anlagen/Beteiligungen der Stadt und aller Tochterunternehmen einschließlich SWB aus klimaschädlichen Wertanlagen regeln.

2. Öffentliche Beschaffung

- Öffentliche **Ausschreibungen** sollen **unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit** erfolgen. Das heißt, dass bei den zuliefernden und dienstleistenden Anbietern nicht das Kriterium der Wirtschaftlichkeit allein vorrangig ist (preisgünstigster Anbieter erhält den Zuschlag), sondern dass Nachhaltigkeit vorrangige Bedeutung erhält und das umweltfreundlichere Angebot bevorzugt wird. Denn eine vorausschauende und klimaverträgliche Vergabe von Aufträgen unterstützt klimaschonende Unternehmen und minimiert Folgekosten durch nicht nachhaltige Anschaffungen.
- Dies soll – Beispiel Verwaltung – sämtliche Bereiche von Büroausstattung über Kantinendienste, Fahrzeugparks, Unterkünfte und Anreisen von Gästen bis zum Internetprovider umfassen. Auch ist **lokalen Anbietern** mit kurzen Anfahrts- und Lieferwegen der Vorrang zu geben.
- Die Stadt Bonn soll jegliche **Beschaffung von Material**, ob z. B. Druckpapier, Computer oder Bus, im Vergleich zu verfügbaren Alternativen nach ihrer Umweltfreundlichkeit bewerten. Dabei soll der ökologische Fußabdruck der gesamten Wertschöpfungskette als Grundlage für die Bewertung dienen. Erst nach einer Vorauswahl ökologischer Alternativen soll die Wirtschaftlichkeit berücksichtigt werden. Hierzu kann auch der

"Blaue Engel" zur Orientierung dienen. Auch die in Bonn ansässigen Organisationen wie Fairtrade International, Forest Stewardship Council und IFOAM haben wichtige Standards erarbeitet, die angewandt werden sollten. Bonn könnte damit als Vorbild für andere Städte dienen, die dann wiederum als Vorbild für private Konsumenten dienen können.

- Für städtische **Dienstwagen** gilt es, auf alternative Antriebe und Carsharing umzusteigen.
- Bei **Dienstreisen** darf es **keine Kurzstreckenflüge** mehr geben.

3. Arbeitsregelungen

- Wenn es die Art der Beschäftigung, die Ausstattung und die rechtlichen Regelungen etc. erlauben, soll es insbesondere Mitarbeitern mit längeren Anfahrtswegen ermöglicht werden, einen Teil ihrer **Arbeitszeit im Homeoffice** zu leisten.
- Physischer Arbeitsplatz kann gespart werden, wenn sich Teilzeitbeschäftigte einen **Arbeitsplatz teilen**.
- **Angebote des Bürger-Services** lassen sich für viele Menschen **auch im Internet** und damit ohne Fahrtaufwand erledigen. Wo möglich, richtet die Stadt zusätzliche Online-Dienste auf ihrer Internet-Plattform ein. Weiterhin sind möglichst auch **dezentrale Verwaltungsangebote** vorzuhalten, um Wegstrecken zu vermeiden.
- Das bestehende **Qualitätsmanagement** soll alle Abläufe in städtischen Gebäuden und bei der Arbeit auf Nachhaltigkeit überprüfen und weiter umstellen (Papierverbrauch und -sorte, Auffüllen von Patronen und Schreibmaterial, Einsparungen bei Heizung und Licht, Vermeidung und Entsorgung von Abfall etc.).

VI. EXPERTISE, CONTROLLING UND FÖRDERMITTEL

1. Expertise

Externe Expertise

Bonn braucht eine kompetente, erfahrene, unabhängige, externe Expertise, also ein Fachinstitut zur Unterstützung der Stadt bei der Erstellung eines Konzepts für Klimaneutralität in Bonn, beim Controlling und Monitoring.

Auch andere Städte (wie Heidelberg, Bottrop etc.) haben ihre Konzepte mit externer Beratung erstellt.

Wir fordern daher ein **konzeptionelles Zusammenarbeiten mit einer unabhängigen, kompetenten Fach-Instanz** (z. B. Wuppertal Institut o. ä.). Diese externen Experten sollen in enger Kooperation mit der Stadtverwaltung folgendes erarbeiten und im Prozess begleiten:

- Planung und Umsetzung eines **umfassenden Maßnahmenkatalogs** der Stadt Bonn zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels
- Sicherstellung des Umsetzungs-Erfolgs durch **regelmäßige Messung** und ggf. Einleiten von Gegenmaßnahmen
- **Transparenz, Monitoring und Reporting**
- ein **Konzept für die Beteiligung und Mitwirkung der Bonner Bürger*innen** beim gesamten Prozess der Klimamaßnahmen in den nächsten Jahren

Klimaschutzleitstelle

Bonn braucht eine verwaltungsinterne Klimaschutzleitstelle, die als **zentral zuständige, personell-fachlich bestens ausgerüstete, hochrangig angesiedelte, umfassend eingebundene und mit Kompetenzen ausgestattete Arbeitseinheit** dafür zuständig ist, Klimaschutzmaßnahmen anzustoßen, zu begleiten, zu überwachen und, in engster Zusammenarbeit mit dem externen Fachinstitut (s. o.), deren Umsetzung sicherzustellen. Sie hat dafür zu sorgen, dass die Bonner Stadtverwaltung Klimaschutz und Nachhaltigkeit bei **allen** Planungen vorrangig, frühzeitig und umfassend mitdenkt (vgl. Beispiel Mannheim). Die bereits **bestehende Leitstelle Klimaschutz** der Stadt Bonn ist **personell und kompetenzmäßig entsprechend auszustatten** und hierarchisch anzusiedeln.

Internes aktuelles Know-How, Fortbildungen, Schulungen

Wichtige Grundlage für die Umsetzung eines Klimaschutzkonzepts in Bonn ist eine **fortlaufende Schulung der Stadtverwaltungsmitarbeiter*innen** in den entsprechenden Einheiten (Bauamt, Stadtplanungsamt, Umweltamt, Städtisches Gebäudemanagement etc.), um ihnen kontinuierlich die Priorität Klimaschutz zu vermitteln und das nötige Know-How an die Hand zu geben – über mögliche und nötige städtische Maßnahmen, Zielvorgaben, Good-Practice-Beispiele anderer Kommunen und den jeweils aktuellen Stand der Technik. Die Mitarbeiter*innen müssen die städtischen Regelungen auf der Basis übergreifenden Verständnisses und mit Fachkenntnis ausarbeiten, auf den Weg bringen und kontrollieren sowie die Bürger*innen fachkundig beraten und unterstützen können.

Internationales Know-How

Bonn beherbergt mit **ICLEI** (International Council For Local Environmental Initiatives) das wichtigste internationale Umweltschutz-Städtenetzwerk – mit einer Menge **Know-How**.

Gemeinsam mit der Global100RE-Plattform gibt es ein weltweites 100%-Erneuerbare-Energien-Städtenetzwerk, das von ICLEI koordiniert wird. Der Bonner OB ist zur Zeit ICLEI-Vorsitzender. Bonn sollte dies umgehend, konkret und ergebnisorientiert inhaltlich nutzen.

"Kommunen für biologische Vielfalt"

Auch hier ist die Stadt Mitglied, und auch hier gilt es, Know-How aus dem Netzwerk zu nutzen, eigenen Input zu erbringen und Erreichtes sowie Geplantes nach außen hin sichtbar zu machen.

2. Controlling, Monitoring

Bonn braucht ein **Klimaziele-Monitoring, also geplante, wissenschaftlich durchgerechnete, kontinuierlich begleitete, messbare, zeitlich festgelegte Vorgaben der nötigen CO₂-Einsparung** für die entscheidenden nächsten 10–15 Jahre. Dies soll durch die Klimaschutzleitstelle, gemeinsam mit dem von uns geforderten externen Fachinstitut, erfolgen.

- Es ist ein **Zeitplan** festzulegen, was wann erreicht werden muss. Der Mut, dies festzuschreiben und sich danach zu richten, resultiert aus der klaren Erkenntnis der Verantwortlichen und der Bürger*innen, dass dies für Bonn

unabdingbar nötig, gut, richtig, freiheitssichernd und zukunftserhaltend ist.

- Erforderlich ist eine **kontinuierliche Datenerhebung und zeitnahe Auswertung** durch Klimaschutzleitstelle und Fachinstitut in Bezug auf das, was in Bonn tatsächlich an CO₂-Emissionen anfällt, welche Maßnahmen zu welchen Einsparungen führen (können), welche Werte und Temperaturen in der Stadt gemessen werden. Dies gehört ins Verhältnis gesetzt zu den erforderlichen Einsparzielen 2020/2035.
- Nötig sind dazu unter anderem **Klimadaten-Mess-Stationen**, verteilt in der Stadt Bonn und den Stadtteilen, die zum Beispiel von Schulen und Umweltorganisationen betreut werden können (entsprechende Angebote liegen seit längerem vor) und langfristig angelegt sind, um Vergleichsdaten zu liefern.
- Für jede Maßnahme des neuen Handlungsprogramms Klimaneutralität 2035 ist ein **System zur Messung des Umsetzungsfortschritts sowie der CO₂-Einsparung** festzulegen, inkl. Fortschrittsplan und Zeitpunkten der Überprüfung. Die Stadt erstellt und veröffentlicht dazu **jährlich** einen **Gesamtbericht** über alle bereits vorgenommenen Maßnahmen des Klima- und Umweltschutzes aus allen Bereichen der Stadtverwaltung und deren Stand der Umsetzung sowie ihre Klimarelevanz/ CO₂-Einsparung.
- Wenn Maßnahmen in der Umsetzung nicht zum angestrebten Klimaschutz-Erfolg führen, hat die Stadt Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Dies gilt bei Abweichungen zwischen "Ist" und "Soll" des angestrebten Klimaschutzeffekts im Rahmen einer Fortschritts- oder Erfolgsmessung, bei Verzögerung der Maßnahmenumsetzung von über zwei Monaten und auch dann, wenn sich das finanzielle Budget für die Maßnahme als nicht ausreichend herausstellt, um die gesetzten Ziele zu erreichen.
- Sobald mindestens eines dieser Kriterien eintritt, sind **Szenarien** für das weitere Vorgehen zu definieren und zeitnah dem jeweils entscheidungsbefugten Gremium vorzulegen. Jedes Szenario muss die Erreichung des ursprünglich geplanten Klima-Effekts sicherstellen; es darf keine Szenarien geben, die bedeuten, dass die Maßnahme "ersatzlos gestrichen" wird. Das Controlling für die Umsetzung sowie der Nachweis über die Wirksamkeit einer alternativen Maßnahme sind im gleichen Rahmen zu leisten wie für die ursprünglich definierten Maßnahmen aus dem Handlungsprogramm.

- **Ausgleichs-**(Kompensations-)**maßnahmen** sind dabei nur **als letztes Mittel** vorzusehen. Hierzu sind genaue Festlegungen, ein Ultima-ratio-Gebot und ein öffentliches Reporting festzuschreiben.

3. Fördermittel

- Wir gehen davon aus, dass die Stadt Bonn prüft, ob und welche **neuen Fördergelder** sie beantragen kann, und dies tut. So können beispielsweise aus dem **BMU-Masterplan Stadtnatur** seit 1.1.2020 wieder Gelder beantragt werden. Dazu gehört auch ein KfW-Programm "Energetische Stadtsanierung", u. a. für Entsiegelung und Radwege.
- Weiterhin gibt es gemäß der **Förderung Kommunalrichtlinie** Mittel für Radwege, den Neubau von Bio-Vergärungsanlagen, eine intelligente Verkehrssteuerung, Potenzialstudien, Klimaschutzkonzepte und Personal.
- Die Stadt soll hier entsprechende Anträge stellen und dies – wie auch die entsprechenden Zu- oder Absagen – für die Bonner*innen transparent machen.

VII. BÜRGERMITWIRKUNG, BERATUNG UND INFORMATION

1. Bürgermitwirkung

Die Stadt Bonn braucht **Bürgermitwirkung und Bürgereinbeziehung** als entscheidenden Faktor zum Gelingen des klimagerechten Stadtumbaus. Jede Planung von städtischen Maßnahmen muss für die Bürger*innen und mit ihnen umgesetzt werden. Die Stadt hat dabei für **umfassende Transparenz** zu sorgen.

Daher muss die Stadt von Anfang an die Bürger*innen insgesamt und die Quartiere einbinden, z. B. über die Quartiersmanagements. Die Planung, Koordination, Umsetzung, Kontrolle und Auswertung der in Angriff genommenen Klimaschutzmaßnahmen sollte bei der entsprechend zuzuschneidenden und auszustattenden Klimaschutzleitstelle angesiedelt sein.

Ziel ist es, das Engagement von Bürger*innen, Schulen, Vereinen, NGOs und Betrieben von Seiten der Stadt wertzuschätzen, zu fördern, inhaltlich

aufzugreifen und alle Anstrengungen zu unternehmen, um gemeinsam eine klimagerechte Lösung umzusetzen.

Sowohl interessierte als auch betroffene Bürger*innen sollen eingeladen werden, an Diskussionen, Erhebung von Meinungsbildern und Ideenwettbewerben teilzunehmen. Dies erhöht die Identifikation und die Motivation der Bürger*innen, weil sie eigene Mitgestaltungs- und Einflussmöglichkeiten erfahren. Dadurch setzen sie sich auch im übrigen Leben mehr für Nachhaltigkeitsbelange ein.

Um der dringend notwendigen Transformation der Stadt Bonn zu einer klimaneutralen Stadt gerecht zu werden und die Bürger*innen dabei auch repräsentativ einzubinden, fordern wir die **Realisierung des von Bonn im Wandel e. V. und Klimawache Bonn im Bürgerantrag „Bonn4Future“ dargelegten Mitwirkungsprozesses.**

Im Einzelnen schlagen wir vor:

Bonner Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskonferenz

Jährlich soll an einem fixen Wochenende eine Bonner Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskonferenz ausgerichtet werden, zu der u. a. Akteure aus Wissenschaft und Politik, Verwaltung, lokalen Umweltinitiativen, NGOs, Vereinen, Wirtschaft, der For-Future-Bewegungen, Schulen, Universität Bonn und FH Rhein-Sieg, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften sowie interessierte Bürger*innen eingeladen werden. Bei der Planung und Umsetzung der Konferenz sind die lokalen Klimaschutzgruppen maßgeblich zu beteiligen. Auch über FFF hinaus sollte dieser Kongress besonders Jugendliche einbeziehen, um eine zukunftsweisende Wirkung zu zeigen. Auf dieser Konferenz werden

- die neuesten Fortschritte und Umsetzungen von Maßnahmen in Bonn besprochen, überprüft, schriftlich dokumentiert und Rückschritte/Verzögerungen offengelegt
- Akteure vernetzt und informiert
- neue Vorschläge gesammelt, neue Maßnahmen und Handlungsmöglichkeiten formuliert und debattiert
- Best-Practice-Beispiele aus anderen Städten vorgestellt und diskutiert
- zu Forderungen von Bürger*innen Informationen gegeben
- über das Stadtgebiet hinaus Informationen ausgetauscht und Vereinbarungen getroffen.

Die Ergebnisse der Konferenz werden von der Politik ernstgenommen und berücksichtigt.

Quartalsweise Informations- und Diskussionsveranstaltungen

Zwischen den Konferenzen soll es quartalsweise Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit den Bürgerinnen und Bürgern zur Sachstandsinformation und Erörterung neuer Vorschläge geben. Diese sollen zumindest in der Startphase in städtischer Verantwortung veranstaltet und mit Input versehen werden und unter Teilnahme der für Controlling und Monitoring zuständigen (externen und stadtverwaltungsinternen) Fachleute stattfinden. Anzustreben ist eine Übernahme der Veranstaltungen und deren Moderation durch lokale Initiativen.

Kostenlose Räume für öffentliche Versammlungen

Über das Stadtgebiet verteilt stellt die Stadt kostenlos Räume zur Verfügung (wie in der Alten VHS) in denen Treffen, Diskussionen, Freiräume für Gruppen in Eigenorganisation möglich sind. Hier sollen regelmäßig offene Versammlungen abgehalten werden können.

Die Räumlichkeiten können und sollen verschiedenen Zwecken dienen, wie z. B.:

- Offene Anlaufstelle
- Versammlung von aktiven Initiativen
- Vernetzungs- und Planungsaktivitäten
- Informationsveranstaltungen, Vorträge und Bürgerveranstaltungen zu Klimawandel, Nachhaltigkeit, Erneuerbare Energien

Förderprogramm

Nach dem Vorbild der Stadt Köln soll die Stadt Bonn ein Förderprogramm "Klima-Schritte" einrichten, mit dem Klimaschutzinitiativen auf Antrag finanziell unterstützt werden.⁹

⁹ <https://www.stadt-koeln.de/artikel/67936/index.html>

2. Beratung und Information

Es gilt, die Bürger*innen, Wirtschaft und Handel, Vereine und Schulen in Bonn einzubeziehen und über Klimaschutz **umfassend** in allen Bereichen **zu beraten und zu informieren**.

Beratung durch die Energieagentur

Die bereits bestehende Energieagentur soll aufgestockt werden und, in enger konzeptioneller Kooperation mit der Klimaschutzleitstelle und dem o. g. externen Fachinstitut, umfassend, gerade auch vor Ort in den Quartieren, kostenlos beraten. Informationen und Tipps rund um Energieeinsparung, Erneuerbare Energien und Fördermittel, zur energetischen Sanierung, Heizungsoptimierung, Balkon-PV-Anlagen, zum Einbau kleiner Blockheizkraftwerke etc. sind in Einzelberatung und Veranstaltungen zu vermitteln.

Eigentümern und Nutzern großer Gebäudekomplexe sind durch gezielte Beratung die Einsparungspotentiale zu erläutern und vorzurechnen. Dabei müssen verschiedenste Aspekte Berücksichtigung finden: Klimarelevanz, finanzielle Einsparung, Publicity/Imagegewinn, Fördermöglichkeiten, Modellrechnung bei Öl-/Gaspreiserhöhung etc.

Weiterhin soll die Energieagentur neue und innovative Projekte initiieren und organisieren – von Carsharing im Quartier bis zu nachbarschaftlich-gemeinschaftlichen oder genossenschaftlichen PV-/Solaranlagen u. ä.

Ziel ist ein zentrales wie dezentrales Beratungsangebot für alle Bonner*innen, ob privat, gewerblich, kirchlich oder im Verein organisiert. Auch Bildungsangebote an Schulen sollen dazugehören.

Informationsplattform

Wir sehen es als wichtig an, dass die Stadt Bonn eine „**Bonner Klima-/Umwelt-Plattform**“ als umfassendes Online-Angebot einrichtet und pflegt. Diese soll zur Information und Vernetzung über und für alle Umwelt-/ Klima-/ Nachhaltigkeitsangebote und -organisationen in Bonn dienen.

- Die Stadt Bonn hat mittels dieser Plattform umfassend über laufende und geplante Umwelt-/Klimaschutzmaßnahmen, deren Fortschritt/ Sachstand/Probleme sowie deren Klimawirksamkeit/Effizienz bzgl. CO₂-Einsparung zu berichten. So sind sämtliche Aktivitäten transparent zu machen.

- Weiterhin sollte hier ein umfassender Terminplan mit städtischen und sonstigen aktuellen und längerfristigen Terminen zu Naturschutz, Nachhaltigkeit, Klimaschutz verfügbar sein.
- Der informative Bonner Newsletter Agenda 21 sollte hier integriert werden, ebenso Informationen wie die Broschüre "Gesucht und gefunden".
- Ein weiteres Element der Plattform sollte eine online-Mitfahrzentrale sein, insbesondere für lokale und regionale Berufspendler. Hierfür sollte eine „Miteinander-App“ entwickelt werden, die auch andere Felder des guten Zusammenlebens der Bürger*innen in Bonn koordinieren und unterstützen kann.
- Beispiele für weitere mögliche Informationen einer solchen Online-Plattform:
 - Carsharing-Möglichkeiten
 - Lastenrad-Verleihe
 - Park & Ride-Parkplätze
 - Bio-Märkte, Unverpackt-Läden
 - Mitmachaktionen (wie Rhine-clean-up-day, Bonn-blüht-und-summt-Aktionen, Pflanzaktionen der Stadtförsterei etc.)
 - kostenlose und Selbstpflück-Lebensmittelabgabestellen
 - lokale Energiegenossenschaften
 - Informationen zur Gründung neuer Initiativen im Umweltbereich
 - Liste der NGOs in Bonn zu Nachhaltigkeitsthemen mit Links, Informationen und Ansprechpartner*innen.

Die **Internetseiten der Stadt Bonn** selbst sollen an prominenter Stelle, am besten in der Hauptmenüführung, **Links zu Klimaaktivitäten** der Stadt und zu der Bürger-Informationsplattform bereitstellen.

Zudem sollen in der Stadt **Digitaltafeln zur aktuellen Information** und Themenpräsenz eingesetzt werden (siehe VIII, Stadtraum-Informationen).

VIII. SIGNALMAßNAHMEN IM STÄDTISCHEN LEBEN

Im Stadtbild können kleine Veränderungen und Aktionen zwar keine massiven CO₂-Einsparungen, aber eine breite Signalwirkung entfalten:

- Mit der Bonner Gastronomie soll die Stadt Bonn intensiv über **gasbetriebene Heizpilze** und deren schlechten ökologischen Fußabdruck sprechen. Ein Gasheizpilz entspricht einem PKW mit ca. 12.000 km Jahreslaufleistung. Hier ist ein einvernehmlicher genereller Verzicht spätestens bis Ende 2020 anzustreben. Vorgehensweise ab 2021: Einvernehmliche Lösung – Frist – Verbot. Ein Verbot wird übrigens u. a. bereits in Berlin, Nürnberg und Köln umgesetzt.
- Im Rahmen einer nachhaltigen und klimagerechten Stadt ist mit dem Bonner Einzelhandel ein **Umdenken bzgl. der offenen Ladentüren** anzustreben. Viele Geschäfte lassen die Eingangstür permanent offen stehen, und heizen/kühlen dadurch erheblich nach außen. Dies erhöht den Energieverbrauch grundlos. Die Stadt soll das Offenhalten von Türen minimieren, indem sie Geschäfte und Lokale darauf aufmerksam macht und anregt, dies zu unterlassen. Wenn viele/alle Einzelhändler mitmachen, gibt es keine Vor- und Nachteile für einzelne Geschäfte. Bei Renovierungen und Neubauten im Einzelhandel ist dies mitzudenken. Die Stadt Heidelberg hat diesbezüglich bereits Fortschritte erzielt.
- **Aktionstag „Bonner City-Tag“ – bummeln und genießen ohne Autos:** An einem (besser mehreren) Samstagen sowie allen verkaufsoffenen Sonntagen wird von 11–18 Uhr die Bonner Innenstadt für Autos gesperrt, damit die Menschen die Vorteile eine Zukunft mit weniger Autos erfahren und sicher und entspannt flanieren können. Dies sollte zwingend mit kostenlosen ÖPNV an diesen Tagen verknüpft werden – für Bürger*innen der Stadt wie aus umliegenden Gemeinden (Wachtberg, Alfter, Siegburg etc.).
- Dauerhaft werden **im Stadtraum Informationen** bereitgestellt, die über die aktuelle Situation in der Klimakrise, eigene Handlungsmöglichkeiten und städtische Maßnahmen sowie deren Klimaschutzeffekt im Verhältnis zu nötigen Einspar-Zielsetzungen informieren und aufklären. Dazu gehören zum Beispiel **Plakate und** bereits vorhandene **digitale Anzeigetafeln**, die aktuelle Daten zur Klimakrise, mögliches Handeln jedes Einzelnen („Do it yourself“) bzgl. des eigenen CO₂-Fußabdrucks oder aktuelle Maßnahmen, deren Einspareffekte und positive/negative Entwicklungen hin zu einem

klimagerechten Leben in Bonn darstellen, ohne dass es hier in Richtung „Greenwashing“ geht..

- Der „**Bonni und Bo Klimaführerschein**“ oder ähnliche Programme sollen **in allen Bonner Grundschulklassen** durchgeführt werden, um die Kinder schon früh über das Thema der Klimakrise und einen ökologischeren Lebensstil aufzuklären und ihnen ihre Handlungsmöglichkeiten bewusst zu machen. Es sollte nicht von der Lehrkraft, der Schule oder den Eltern abhängig sein, ob ein solches Programm durchgeführt wird. Solche Programme sind zur allgemeinen Klimabildung essentiell, da hier gelernte Inhalte auch in die Familien und weiter hinaus getragen werden. Die Materialien hierfür werden auch anderen Städten zur Verfügung gestellt.
- Projekte zu den Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit werden aktuell bereits von verschiedenen Akteuren an Bonner Schulen veranstaltet. Wir wollen, dass dieses Engagement deutlich ausgebaut wird, damit alle Schüler*innen an Projekten zur Klimabildung teilnehmen können. Deshalb fordern wir, dass **jedes Jahr eine Klimaschutzwoche an allen Bonner Schulen** veranstaltet wird – in Kooperation mit der Politik, der Wissenschaft und regionalen Klima- und Umweltschutzorganisationen. Ziel ist es, dass die Schüler*innen sowohl die theoretischen, wissenschaftlichen und soziokulturellen Grundlagen der Klimakrise und der Umweltzerstörung kennenlernen, als auch Möglichkeiten, sich regional zu engagieren, und zu sehen, wie die Kommunalpolitik mit diesem Thema umgeht. Zusätzlich können sich **Schulen aktiv an lokalen Klimaschutzprojekten beteiligen**. Darüber hinaus soll den Schüler*innen aufgezeigt werden, welchen Beitrag sie selbst zu einer klimagerechteren Welt leisten können.



VISION ZUKUNFTSSTADT BONN

Entscheidend für eine erfolgreiche Stadtentwicklung, die den Klimawandel ernsthaft einbezieht, ist ein grundlegendes Hinterfragen alter Denkgewohnheiten, politischer Wille und der Mut, neue Handlungsmuster auszuprobieren, und dabei auch Kurskorrekturen vorzunehmen. Die Stadtverwaltung und der Oberbürgermeister sollten dabei eine Vorbildfunktion einnehmen.

Und wir brauchen einen gemeinsamen Weg mit Bürger*innen, Wissenschaft, Wirtschaft, Universität, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, NGOs etc. Dies erfordert ein Ernstnehmen von Bürgerideen, -initiativen und -anträgen, Empfehlungen des Klimaschutzbeirats, Dialogbereitschaft mit nachhaltigkeitsorientierten Initiativen, Offenheit und Kommunikation – und die Vermittlung und Verinnerlichung des Gedankens, dass wir alle an einem Strang ziehen.

Bonn braucht zur systematischen inhaltlichen und zeitlichen Klimaschutz-Maßnahmenplanung und -umsetzung, zur Koordinierung, zum Monitoring und Reporting eine externe Expertise durch ein angesehenes, kompetentes, erfahrenes Fachinstitut.

Die Wirtschaftspolitik der Zukunft soll sich zudem an den Zielen der Gemeinwohlökonomie orientieren. Dabei geht es darum zu erkennen, dass die Fähigkeit zur Anhäufung von Kapital nur sehr begrenzt den allgemeinen Nutzen eines Unternehmens für das Gemeinwohl widerspiegelt. Die Gemeinwohlökonomie berücksichtigt bei der Bewertung eines Unternehmens auch die Kosten für die Allgemeinheit, die z. B. durch giftige Abfälle, hohen Ressourcen-/Energieverbrauch und Überlastung von Arbeiter*innen und Angestellten entstehen.

Außerdem wird im positiven Sinne auch der Mehrwert berücksichtigt, der durch ehrenamtliches Engagement, Pflegen von Angehörigen und durch ein gesteigertes allgemeines Wohlbefinden entsteht.

Statt der strikten Messung finanzieller Wirtschaftsleistung sollten gerade auf der Ebene der Stadt andere Parameter herangezogen werden, um die Lebensqualität der dort wohnenden Menschen zu beurteilen. Auch hier ist ein hohes Maß an Flexibilität und Experimentierfreude erforderlich. Es gibt bereits viele Ansätze, die man hierzu aufgreifen könnte.

Unsere expliziten Visionen für Bonn beinhalten alle Bereiche der Stadt und sind nicht einzeln, sondern gemeinsam aufzufassen:

Energie

Bonn bezieht seine Energie und Wärme aus erneuerbaren Quellen und wird bis spätestens 2035 klimaneutral. Dabei ist das Versorgungsnetz der Stadt Bonn an die Herausforderung der Energiewende angepasst und eine flächendeckende, stabile Energieversorgung sichergestellt.

Mobilität

Bonn hat eine sichere, komfortable Infrastruktur für Fahrräder, mit der jedes Ziel im Stadtgebiet ganzjährig und schnell erreicht werden kann. Das ÖPNV-Netz ist verlässlich, günstig und umfassend, der Radverkehr und der ÖPNV sind miteinander vernetzt und kompatibel. Es gibt in der Stadt keinen Grund für motorisierten Individualverkehr. Der Verkehr ist emissionsfrei. Alle Mobilitätsformen sind umweltgerecht und nutzerfreundlich vernetzt.

Ernährung

Bonns Nahrung ist weitestgehend regional, saisonal und klimafreundlich erzeugt. Allen Bonner*innen ist eine klimafreundliche Ernährung einfach zugänglich und das notwendige Wissen für eine gesunde, klimafreundliche Ernährung ist vorhanden. In Bonner Kantinen und Mensen ist ein vielfältiges vegetarisches und veganes Essensangebot vorhanden. Lebensmittelverschwendung ist auf ein Minimum reduziert.

Bau

Alle Baumaßnahmen in Bonn finden unter klimafreundlichen und ökologischen Gesichtspunkten statt. Neubauten werden mit nachhaltigen Materialien und mit einer emissionsfreien Bauweise, wie Null- und Plusenergiehäuser, gebaut. Auf allen Gebäuden der Stadt Bonn, soweit dies an den jeweiligen Standorten möglich ist, befinden sich Photovoltaik- und Solarthermieanlagen. Versiegelung von Flächen wird auf ein Minimum

reduziert. Bestandsbauten sind klimafreundlich renoviert und stoßen weniger bis keine Emissionen aus.

Ökologie und Umwelt

Bonner Flächen und Dächer sind begrünt. Ehemals versiegelte Plätze sind in begrünte Anlagen umgewandelt. Der Artenschutz, insbesondere der Insektenschutz, und der Naturschutz sind als wichtiger Bestandteil des Stadtbildes berücksichtigt. Flüsse und Biotop im Bonner Land sind renaturiert, besonders geschützt und in einem Biotopverbund miteinander vernetzt. Durch Neupflanzungen von Bäumen leistet Bonn einen klimapositiven Beitrag.

Ressourcen und Abfall

Bonn nutzt seine Ressourcen nachhaltig. Abfallprodukte werden als Rohstoff betrachtet und einem ganzheitlichen Kreislaufmanagement zugeführt. Nicht verwertbare Abfälle werden nach dem Stand der Wissenschaft entsorgt. Die Bürger*innen können sich über den Verbleib der von ihnen entsorgten Produkte informieren.

Bildung und Gesellschaftliches Engagement

Die Menschen in Bonn wissen über ökologische Kreisläufe, die Klimakrise und unsere Rolle dabei Bescheid. Sie besitzen das Wissen, die Fähigkeiten und die Möglichkeiten, um ein nachhaltiges Leben zu führen und sich für das Klima und die Umwelt einzusetzen. Der Klimaschutzgedanke ist schon bei Kindern und Jugendlichen verankert.

Wirtschaft

Unternehmen besitzen ein Bewusstsein für klimafreundliches Verhalten und sind sich ihrer Handlungsmöglichkeiten und der Beratungsmöglichkeiten der Stadt bewusst. Alle Produkte und Dienstleistungen in der Region Bonn sind in ihrer Bilanz klimaneutral. Alle unvermeidbaren Treibhausgasemissionen und Umweltbelastungen, die bei Dienstleistungen oder der Produktion von den in Bonn erhältlichen Produkten entstehen, sind durch Klimaschutzprojekte ausgeglichen.



Uns ist bewusst, dass manche diese Forderungen als ambitioniert empfinden mögen; sie sind aber in ihrer Gesamtheit umsetzbar und notwendig. Denn wenn wir jetzt nicht entschlossen handeln, werden wir das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens verfehlen. Und der Verlust an Freiheit und die Einschnitte, mit denen wir leben müssen, werden immens größer, je später und kleinmütiger wir handeln.

Die dadurch entstehenden Schäden werden nicht reparabel sein und weit höhere Kosten mit sich bringen als alle vorgeschlagenen Investitionen in konkrete Maßnahmen zur Vermeidung der Klimakatastrophe.

Wir haben aber, wenn wir **jetzt** entschlossen und mutig handeln, die Chance, eine lebensfreundliche, klimagerechte Stadt Bonn auf den Weg zu bringen. Wir können zusammen eine Stadt schaffen, die nachhaltig wirtschaftet, die sich im Einklang mit der Natur befindet und die für zukünftige Generationen die Lebensgrundlagen erhält.

Die Stadt Bonn muss ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt und nachfolgenden Generationen im Sinne von Artikel 20a des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gerecht werden.

Sie ist zudem Wissenschaftsstandort, Universitätssitz, internationale UN-Stadt. Sie hat also hervorragende Voraussetzungen – und einen Ruf zu verlieren oder zu gewinnen.

Wir sind seitens Parents for Future Bonn und Fridays for Future Bonn gern bereit, dies alles zu unterstützen, soweit wir können. Wir können Kontakte zu und Expertise von Scientists for Future und zu weiteren Netzwerken anbieten. Und Kontakte zu anderen Städten mit ihren Erfahrungen und Maßnahmen herstellen. Und mitmachen.

Und wir werden weiter demonstrieren, um auf die unabdingbare Notwendigkeit all dessen hinzuweisen, was wir hier angesprochen haben, bis wir alle zusammen – hoffentlich – noch die Kurve zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit kriegen.

Fridays for Future Bonn
Parents for Future Bonn

April 2020

V. i. S. d. P.

Dr. Malte Kleinwort

Parents for Future Bonn

parentsforfuture.de/bonn

E-Mail: bonn@parentsforfuture.de